

Datum: 28.02.2007

2007/080
öffentlich

Sitzungsvorlage

Beratungsfolge	Datum	TOP-Nr.
Rat der Stadt	15.03.2007	

Betreff

Antrag von Ratsmitglied Thomas Schmidt vom 27. Februar 2007;
Deutsch als Umgangssprache in den Kindergärten

Beschlussvorschlag

Siehe Antrag.

Thomas Schmidt
Ratsmitglied

Sachverhalt



13

An den
Rat der Stadt Castrop-Rauxel
z. Hd. Herrn Bürgermeister Beisenherz
Europaplatz 1

44575 Castrop-Rauxel

Ratsherr

Thomas Schmidt

Am Knie 26
44581 Castrop-Rauxel

Mobil : 0173 276 40 33

t.schmidt@ubp-castrop-rauxel.de

www.ubp-castrop-rauxel.de

Castrop-Rauxel, 26.2.2007

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

ich bitte Sie, bei der nächsten Sitzung des Rates folgenden Antrag auf die Tagesordnung zu setzen :

Antrag : Deutsch als Umgangssprache in den Kindergärten

Ich bitte den Rat der Stadt Castrop-Rauxel folgende Beschlüsse zu fassen:

- a) Die Verwaltung wird beauftragt, in ihrer Macht stehende Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass
 1. in den kommunalen Kindergärten die Deutsche Sprache als einzige Umgangssprache genutzt wird
 2. dass den Kindern die gesetzlichen Feiertage nahe gebracht und inhaltlich erklärt und diese entsprechend ihrer Bedeutung auch gefeiert werden.
- b) Der Rat der Stadt Castrop-Rauxel appelliert auch an die freien und kirchlichen Träger wie oben beantragt zu verfahren.

✓
Ben

Begründung:

Ein erheblicher Teil der Kinder, die einen Kindergarten besuchen, spricht Deutsch nicht als Muttersprache. Dies betrifft vor allem Kinder mit einem türkischen Migrationshintergrund. Zwar geben rund 70 % der in Deutschland lebenden Türken an, nicht mehr in ihre Heimat zurückkehren zu wollen. Aber nur jeder fünfte von ihnen hat sich für Deutsch als Umgangssprache entschieden.

Die Sprache ist wesentlicher Indikator für die kulturelle Zugehörigkeit eines Menschen. Wer in Deutschland kaum Deutsch spricht, minimiert seine Bildungschancen und die seiner Kinder. Er findet Arbeit bestenfalls im Niedriglohnbereich und trägt ein sehr hohes Risiko, in die Sozialsysteme abzurutschen. Jeder dritte Zuwanderer aus der Türkei nimmt folgerichtig nicht am Erwerbsleben teil. Viele Kinder von Migranten besuchen den Kindergarten, ohne dort gute Deutschkenntnisse zu erwerben – und können dann dem Unterricht kaum folgen. Sie drücken das Leistungsniveau jener Schüler, die in deutschsprachigen Haushalten leben. Der Anteil von Schülern mit mangelhaften Kenntnissen insbesondere der deutschen Schriftsprache macht an vielen Grund- und Hauptschulen 80 % oder mehr aus.

Der „Datenreport 2006“ der Bundeszentrale für politische Bildung führt dazu hinsichtlich der bundesweiten Entwicklung aus:

„In der aktuellen Bildungsdebatte werden ethnische Differenzierungen im Bildungssystem und die Anbindung von Bildungschancen an den Migrationsstatus als zunehmend wichtige Ungleichheitsdimension angesehen. Trotz vielfältiger bildungs- und schulpolitischer Bemühungen und auch angesichts gestiegener Bildungsbeteiligung und einiger Bildungserfolge bestehen immer noch deutliche und weiterhin zunehmende Bildungsungleichheiten zu Ungunsten der Migrantenkinder. Nicht zuletzt haben Ergebnisse von PISA 2000 für Deutschland wieder in Erinnerung gerufen, dass sowohl Kinder aus jüngst zugewanderten Migrantengruppen als auch Kinder von Migranten aus der zweiten und dritten Generation in der Regel nicht nur schlechtere Lesekompetenzen als einheimische Jugendliche aufweisen, sondern auch im bundesdeutschen Bildungssystem benachteiligt sind. Die Geburt in Deutschland ist kein Garant für eine vorteilhafte Schulbildung.“

Wer diesen Prozess umkehren will, muss dafür sorgen, dass die Quote der in Castrop-Rauxel lebenden Menschen, die Deutsch als Umgangssprache sprechen nahezu 100 % beträgt. In klassischen Einwanderungsländern wie Neuseeland und Australien und übrigens auch in unserer unmittelbaren Nachbarschaft, in der Schweiz, weiss man das: Wer als Zuwanderer dort keine ausreichenden Sprachkenntnisse erwirbt, wird nach Hause geschickt. Und zwar nicht in einer brachialen, menschenverachtenden „Ausländer-raus-Politik“, von der sich alle demokratischen Kräfte distanzieren müssen, sondern nach einem geordneten, rechtsstaatlichen Verfahren. Wir sollten daher auch in den Kindergärten in Castrop-Rauxel anfangen, wo unter städtischer, kirchlicher oder freier Trägerschaft Verantwortung übernommen wird und die ersten Weichen für den Lebensweg junger Menschen gestellt werden.

Zudem ist Castrop-Rauxel eine Stadt mitten im Strukturwandel. Bis vor wenigen Jahren prägte der Bergbau das Stadtbild – in Zukunft werden Arbeitsmöglichkeiten zum größten Teil im Bereich der Dienstleistung entstehen. Der wesentliche „Rohstoff“ der Zukunft wird Wissen sein. Aus diesen Gründen müssen Allgemeinbildung und die berufliche Ausbildung der hier lebenden und arbeitenden Menschen höchste Priorität haben.

Mit freundlichen Grüßen

Thomas Schmidt

(im Originalen unterzeichnet)